Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31 502
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger
Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girostelle Blasewitz Nr. 656
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Mußestunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.-. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Bezugsgeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Fr. eita. Bei unver' eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
81. Jahrgang

Anzeigen werden die 5gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzen werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Rechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

Nr. 29 — Mittwoch, den 4. Februar — 1925

Caillaux bestätigt Poincares Schuld am Kriege

Bemerkenswerte Veröffentlichungen des „Oeuvre". — Poincare wandelte den russisch-französischen Defensivvertrag in ein Offensivbündnis um.

Enthüllungen des „Oeuvre"

Joseph Caillaux hat dem Leiter des „Oeuvre" eine Unterredung gewährt. Der Hauptpunkt der Aussprache war nicht die Gegenwart, sondern die Vergangenheit. Caillaux führte aus: Nach dem Abschluß des deutsch-französischen Marokkovertrages von 1911 erklärte Rußland durch seinen damaligen Botschafter in Paris, Iswolski, daß es diesem Abkommen zwar seine Zustimmung erteile, daß es aber für diese Zustimmung Zusicherungen von Frankreich erhalten müsse. Insbesondere müsse Rußland zugestanden werden, daß es vollkommene Handlungsfreiheit in den Meerengen und in Nordchina bekomme. Ferner müsse es von Frankreich die Zustimmung zu allen Maßnahmen erhalten, die es für notwendig machten würde, hier seine Interessen zu beschützen und seine Stellung zu befestigen. In Paris erklärte man sofort, daß Rußland damit eine schwerwiegende Anspielung auf

die Balkanfrage

mache, und daß es möglicherweise auf dem Balkan suchen würde, seine Interessen zu garantieren und seine Stellung zu befestigen. Das Kabinett Caillaux, das 1911 am Ruder war, bat den damaligen französischen Botschafter George Louis seine Anschauungen über die russischen Forderungen niederzulegen. Louis tat es in einer Note. Besonders erklärte er, daß er unter Umständen die Aktion Rußlands mit den Meerengen unterstützen würde, damit dieses freie Durchfahrt erhalte, aber es sei unmöglich, Rußland andere Garantien zu geben, ohne daß man genau wüßte, was Rußland eigentlich garantiert haben wollte, und welches die Gebiete sein sollten, auf welche diese Garantie sich erstrecken müßte. Caillaux erklärte, daß er sich an diese Angelegenheit sehr genau erinnere. Man hatte einfach bedingungslose Zustimmung Rußlands zu dem deutsch-französischen Marokkoabkommen erwartet. Der Außenminister de Selves war damals sehr überrascht, als ihm die russischen Forderungen zur Kenntnis kamen. George Louis wurde gebeten, da er noch vor einiger Zeit Direktor der politischen Angelegenheiten des französischen Außenministeriums gewesen war, und insbesondere die Balkanfragen sehr genau kannte, seinen Standpunkt gegenüber den russischen Forderungen schriftlich niederzulegen, weil die damalige französische Regierung es unbedingt vermeiden wollte, in ein Balkanabenteuer hineingezerrt zu werden. Sie stand auf dem Standpunkte, daß die Allianz mit Rußland nur defensiven Charakter haben dürfe.

Das Kabinett Caillaux erklärte sich nicht bereit, die russischen Balkanwünsche zu unterstützen. Unmittelbar nach dem Rücktritt des von Caillaux und der Bildung des Kabinetts Poincare änderte sich diese Politik radikal. Während Caillaux Rußland keine vollkommene Handlungsfreiheit geben wollte, steifte sich Poincare auf den Standpunkt, daß er Rußland gewähren lassen müsse, natürlich in der Ueberzeugung, daß der Balkankonflikt dazu dienen könnte, den Krieg gegen Deutschland zu beginnen.

Der Leiter des „Oeuvre" fragt Caillaux, ob man Poincares Plan nicht in folgender Weise definieren könne: „Da mir Rußland bereit schien, habe ich die günstige Stunde zum Losschlagen gewählt. Auf diese Weise habe ich Frankreich Elsaß und Lothringen zurückgegeben." Auf diese Frage wollte Caillaux keine Antwort erteilen. Aber das alte Sprichwort: „Wer schweigt, scheint zuzustimmen", dürfte sich wohl auch in diesem Falle bewähren.

Die Auslegung der Absichten Poincares, wie sie das „Oeuvre" am Schluß gibt, soll Poincare den Franzosen in der Rolle des großen Nationalhelden, des „Mehrers der Macht", zeigen. Das chauvinistische Frankreich wird ihm diese Rolle auch ohne Zweifel zubilligen. Damit schiebt das „Oeuvre" die Angelegenheit, natürlich mit Absicht, auf ein ganz anderes Gleis.

Die Hauptsache ist, daß Poincare, um „Frankreich Elsaß und Lothringen zurückzugeben", den Krieg gewollt und planmäßig herbeigeführt hat.

Daß er auf der einen Seite sich rühmt, Elsaß und Lothringen für Frankreich erobert zu haben, auf der anderen Seite aber nicht den Mut aufbringt, nun auch zuzugeben, daß er zur Erreichung dieses Zieles den Krieg herbeigeführt hat, das macht Poincare so klein und verächtlich. Er ist kein heldenhafter Eroberer, sondern ein verschlagener Dieb, der nach vollbrachter Tat seige die Schuld auf andere abzuwälzen versucht. Denn was ist das Deutschland durch den Versailler Vertrag aufgezwungene Schuldbekenntnis anderes als eine Feigheit Poincares, der den Krieg zwar von langer Hand vorbereitet hat, nun aber, nachdem er zwei deutsche Provinzen geraubt hat, die Schuld am Kriege auf Deutschland abzuwälzen versucht. Uns Deutschen sagt Caillaux mit seinen Enthüllungen nichts Neues, aber vor der Welt ist sein Zeugnis gegen Poincare doch nicht ganz ohne Bedeutung.

Herriots dreifaches „Nein!"

Eine stürmische Kammersitzung

In der gestrigen Nachmittagssitzung der franz. Kamer erklärte Abg. Blum u. a., man könne doch nicht den Standpunkt vertreten, daß die Besetzung des linken Rheinufers bis ins Unendliche dauern werde.

Herriot rief dazwischen: Nein! Nein! Nein!

Ich habe das tausendmal gesagt!

Blum fuhr fort: Frankreich besitze das stärkste Heer in Europa. Es stehe einem Deutschland gegenüber, das trotz ernster Tatsache, wie er anerkennen wolle, ein entwaffnetes Volk sei. Bei dieser Aeußerung protestierte die Rechte. Der Kommunist Cachin erklärte, es sei nun an der Zeit, auszurechnen, was die Politik des nationalen Blocks gegenüber Rußland Frankreich gekostet habe. Als er die Sozialisten angriff, wurde er von ihnen lebhaft unterbrochen, worauf die Kommunisten die Internationale anstimmten.

Der Ministerpräsident verließ hierauf die Ministerbank, gabe dem Kammerpräsidenten ein Zeichen, die Sitzung aufzuheben, was auch geschah.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde Kapitel 9 des Budgets des Auswärtigen betr. Kosten für ausländische Missionen bewilligt. Bei Besprechung des Kap. 9a betr. Mission beim Vatikan für die Erledigung der religiösen Angelegenheiten Elsaß-Lothringens beantragte ein Kommunist, diesen Kredit abzulehnen. Es entstand eine lebhafte Debatte, in deren Verlaufe Herriot sich scharf gegen die Kommunisten wandte und erklärte, die Regierung könne nicht von Elsaß-Lothringen verlangen, daß es von heute auf morgen ein Regim annehme, für das Frankreich 50 Jahre gebraucht habe, um es aufzurichten.

*

Der Friedensschluß mit dem Vatikan

Die französische Kammer hat gestern die Kredite für die neuzuschaffende Mission beim Vatikan, der die Erledigung der religiösen Angelegenheiten für Elsaß-Lothringen auf Grund des Konkordates obliegt, mit 317 zu 246 Stimmen bewilligt und sich dann vertagt.

Die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsverhandlungen

Wie wir erfahren, werden die ersten Vorbesprechungen über den Abschluß eines deutsch-amerikanischen Handelsvertrages gegen Ende des nächsten Monats stattfinden. Da man mit einem großen Fragenkomplex zu rechnen hat, ist noch nicht vorauszusehen, bis zu welchem Termin die eigentlichen Wirtschaftsverhandlungen beginnen können. Der neue deutsche Botschafter in Washington Freiherr von Maltzahn, der sich Ende des Monats nach Amerika begibt, wird den Auftrag erhalten, die ersten Besprechungen mit der amerikanischen Regierung zu führen.

Eine Wirtschaftsunion zwischen Oesterreich und Ungarn

(Eigener Informationsdienst.)

Wie Morningpost von gutunterrichteter Seite erfährt, wird das französische Mitglied des Finanzausschusses des Völkerbundes, der Ende der Woche zusammentrete, den Vorschlag einer wirtschaftlichen Union zwischen Oesterreich und Ungarn machen. Man hofft, daß die Tschechoslowakei sich später zu einer Beteiligung an diesem Plan bereitfinden werde.

Der Notenwechsel in den Handelsvertragsverhandlungen

Die deutsche Handelsvertragsdelegation hat dem französischen Handelsminister Reynaldi die Antwortnote der deutschen Regierung auf die französischen Vorschläge vom 20. Januar überreicht.

Der Handelsvertrag mit Deutschland ist als Muster für die Abmachungen mit anderen Mächten gedacht. Er untersagt jedem Land, in den Zollabgaben oder Eisenbahnraten einen Unterschied zugunsten von Gütern zu machen, die von der eigenen Schiffahrt befördert worden sind. Zahlreiche Senatoren haben gegen diese Bestimmung Bedenken erhoben, weil sie der Regierung die Möglichkeit der Unterstützung der amerikanischen Handelsmarine völlig nehmen würde. Senator Borah wurde beauftragt, sobald wie möglich die Vorbehalte zu dem Vertrag zu Papier zu bringen.

Die deutsche Anfrage an den Völkerbund

(Eigener Informationsdienst.)

Die Reichsregierung hatte, wie erinnerlich, an die Völkerbundmächte das Ersuchen gerichtet, eine besondere Interpretation des Artikels 16 der Völkerbundsakte zu geben, der die Verpflichtungen der Mitglieder des Bundes für den Fall eines Konfliktes regelt. Der Völkerbundsrat wird, wie jetzt bekannt gegeben wird, auf seiner Märztagung zu dieser deutschen Anfrage Stellung nehmen. Nach den in Berlin vorliegenden Informationen wird die Frage eines Eintritts Deutschlands in den Völkerbund jedoch kaum vor Ende des Jahres einen akuten Charakter annehmen. Interessant ist übrigens die Tatsache, daß neuerdings auch Italien die Frage aufgeworfen hat, inwieweit der Artikel 16 der Völkerbundsakte einer Revision bedarf, um den einzelnen Völkerbundsmächten eine Sicherheit vor unvorherzusehenden Zwangsfällen zu schaffen.

Die Debatte beginnt

Der englische Außenminister Chamberlain hat nunmehr ebenfalls Erklärungen über die Sicherheitenfrage abgegeben, nachdem sich bereits der französische Ministerpräsident Herriot und der deutsche Reichskanzler Dr. Luther nacheinander über diese Frage geäußert hatten. Damit ist die öffentliche Diskussion über dieses zurzeit im Vordergrund aller Zukunftsaufgaben stehende Problem eröffnet worden. Von alliierter Seite wird begreiflicherweise in allererster Linie immer nur von der Sicherheit Frankreichs gesprochen. Chamberlain hat dem französischen Ministerpräsidenten gewissermaßen Sekundantendienste geleistet, als er erklärte, daß Frankreich das Recht habe, vor einer Wiederholung des schweren Schicksals geschützt zu werden, von dem es vor zehn Jahren betroffen wurde. Für Herriot mag dieser Beistand des englischen Außenministers von größter Wichtigkeit sein, aber allzu große Bedeutung wird man deutscherseits den Erklärungen Chamberlains nicht beimessen können, da er mit einer auffallenden Zurückhaltung von dem Sicherheitenproblem Notiz genommen hat. Es scheint, daß England das größte Interesse daran hat, Deutschland und Frankreich an den Verhandlungstisch zu bringen, aber die englische Politik ist weit davon entfernt, die Diskussion soweit zu fördern, daß sich etwa daraus eine direkte deutsch-französische Verständigung ergeben könnte. Dementsprechend hat man in Berliner außenpolitischen Kreisen den Eindruck, daß die englische Regierung sich absichtlich zurückhält, um ihre bereits fertig vorliegenden Pläne dann im entscheidenden Augenblick in die Wagschale zu werfen. Bekanntlich wünscht die englische Regierung nicht, daß das Genfer Protokoll in seiner gegenwärtigen Form allzu sehr die Diskussion beherrscht, und würde es lieber sehen, wenn ein gegenseitiger Vertrag der Mächte abgeschlossen wird, der eine weitere Erörterung der Genfer Abmachungen letzten Endes überflüssig machen dürfte.

Die englische konservative Presse kündigt an, daß es voraussichtlich noch in dieser Woche zu einem englischen Schritt in der Sicherheitenfrage kommen werde. Dem Londoner Kabinett liege bereits ein in kelten Umrissen abgefaßter Plan vor, der von dem Unterkomitee des Reichsverteidigungsausschusses ausgeht, das zur Prüfung des Genfer Protokolls eingesetzt worden war. Es handele sich dabei um einen Pakt der europäischen Westmächte, der im allgemeinen unschädlicher sei als die Genfer Protokolle. Weiterhin sprechen die englischen Blätter noch immer von einem Plan Dr. Luthers, der zur Erörterung kommen werde. Frankreich habe allerdings wenig Neigung, mit Deutschland allein in Erörterungen einzutreten, sondern ziehe eine allgemeine Konferenz, zu der auch die anderen Alliierten hinzugezogen würden, vor.

Merkwürdigerweise ist es die liberale englische Presse, die den Gedanken des deutschen Reichskanzlers Luther zum ersten Male aufgreift und offen die Tatsache ausspricht, daß Deutschland ebenfalls und vielleicht mehr als Frankreich Garantien für den Frieden notwendig habe. Die „Westminster Gazette" glaubt sogar, daß in Deutschland alle Revancheideen verschwinden würden, sobald

SLUB
Wir führen Wissen.